

LW 29.3.08

Eng Lanz fir d'Mamm doheem

Eng Politikerin weist Courage

VON JEAN JAANS

Anlässlich des internationalen Frauentages hatten das Luxemburger Informationsbüro des Europaparlaments und die Vertretung der EU-Kommission neulich zu einer Feierstunde eingeladen, um Rolle und Verdienst der Frauen im Ehrenamt zu unterstreichen. In Gegenwart von Großherzogin Maria Teresa und Ehrengästen stellte die

CSV-Europa-Abgeordnete Astrid Lulling fest, der Rahmen, in dem die Frauen unserer Tage drei Rollen gleichzeitig zu spielen haben, nämlich Geburt von Kindern, Berufstätigkeit und Ehrenamt, sei alles andere als befriedigend. Gleichzeitig erinnerte die aktive und streitbare Politikerin an zwei langjährige Forderungen der Frauenbewegungen, nämlich Splitting der Rentenrechte bei Scheidung sowie individualisierte soziale Absicherung von verheirateten Frauen.

Ohne diese vorordentlichen Maßnahmen – so Astrid Lulling in ihrer Schlussfolgerung – würden die ver-

heirateten Frauen und die Mütter, die zu Hause bleiben, um ihre Kinder selbst zu betreuen und zu erziehen, die neuen Diskriminierten unserer Gesellschaft sein.

Dem Panorama-Schreiber fuhr beim Lesen dieser Zeilen der Gedanke durch den Kopf: „Siehe da, es gibt sie offenbar noch, die Frauen, die bei Geburt von Sprösslingen zumindest eine bestimmte Zeit zu Hause bleiben und unter Verzicht auf Einkommen und Zusatzkonsum eine Aufgabe wahrnehmen, deren Bedeutung für Volkswirtschaft und Gesellschaft zwar ungeheuer groß ist, aber gleichzeitig durch bestimmte Negativentwicklungen unter dem Tisch gekehrt wird.“ Vor nicht allzu langer Zeit hieß es im traditionell familienpolitisch orientierten Politmilieu noch ausdrücklich, die moderne Frau müsse unter allen Umständen die Freiheit behalten, sich zwischen Berufstätigkeit und „Femme au foyer“ frei entscheiden zu können, wobei Chancengleichheit unbedingt zu wahren sei. Die Praxis von 2008 sieht je-

doch ganz anders aus! Ohne Einschränkung und Skrupel verkünden Politiker immer wieder, unser Land habe sich auf dem Hintergrund der „Lissabon-Strategie“ verpflichtet, die Beschäftigungsquote von Frauen auf 60 Prozent zu erhöhen. Und gleichzeitig wird bedauert, dass Frauennacharbeit sich „leider“ nach wie vor auf den Dienstleistungssektor konzentriere, während sie in Industrie- oder Landwirtschaft-Berufen kaum zu finden sei. Ist die Frage erlaubt, wann und wo die draven Wähler jenen Lissabon-Auftrag erteilt haben? Wird nie über Ursachen nachgedacht, wieso junge Frauen wenig im Walzwerk, kaum im Kuhstall und überhaupt nicht bei der Müllabfuhr anzutreffen sind?

Nach unbequemen Fragen zurück zum Thema. Man sagt uns immer wieder mit Missbilligung im Unterton, mangelnde oder unangepasste Berufsausbildung sei heute weniger ein Hindernis für Frauennacharbeit als Kinderbetreuung – bei einem Drittel der Haushalte führe

die Geburt von Nachwuchs zu Veränderungen im Berufsleben der Eltern. Hier schimmert unverhüllt die gebietsweise Empfehlung durch, Babys und Kinderchen doch bitte möglichst rasch abzuschleppen in einwandfrei funktionierende Relais-Stationen. Und gleichzeitig laufen familienpolitische Maßnahmen auffälligerweise in eine einzige Richtung: Hohe Investitionen und drückende Aufgaben für die Gemeinden zur Schaffung vorgeannter Häuser mit hundert Betreuern und tausend fremden Einflüssen; gesetzliche Regelung für Pflegenäther mit offensichtlicher Diskriminierung; Indexstop für familienfreundliche Zulagen, und obendrein auch noch totalstes Übersehen der „Mamm doheem“-Erkenntnisse und Mahnungen von Kinderpsychologie und Pädagogik hinsichtlich Gefahren einer unbrennsten Relais-Politik werden offensichtlich übersehen oder gar belächelt. Hauptsache ist und bleibt der Lissabonwahn zugunsten kapitalistischer Interessen ...